



Natur-Sünden werden bereinigt

Mit einem Stadtratsbeschluss will die Freiberger Verwaltung jetzt alte Rechnungen begleichen. Bis 2014 soll der Ausgleich für versiegelte Gewerbeflächen mit Naturschutzmaßnahmen vom Tisch sein.

VON GABRIELE FLEISCHER

FREIBERG - Nun will die Stadt ihre Sünden der Vergangenheit bereinigen. Zwischen 2012 und 2014 soll der sogenannte Eingriffsausgleich in der Natur für Gewerbe- und Industriegebiete in Freiberg erfolgen. Bisher ist das versäumt worden. 250.000 Euro sind nun dafür vorgesehen. Zuvor fließen 30.000 Euro in die Planung. Mittel, die möglicherweise noch vor Jahren nicht in dieser Höhe angefallen wären.

Verantwortlich für den jüngsten Stadtratsbeschluss dürfte die schon vor Monaten geäußerte Kritik des Naturschutzverbandes Sachsen sein, die auf die Bringe-Schuld aufmerksam machte: Weder für die Ende der 1990er Jahre entstandene Brauerei am Fürstenbusch noch für die Gewerbegebiete Nord-West, Süd und Rotvorwerk sei die Natur ausreichend entschädigt worden, hieß es damals. Baubürgermeister Holger Reuter (CDU) hatte das damals von sich gewiesen; nun stehen genau die von den Naturschützern angesprochenen Gebiete im Beschluss.

"Wir mussten nicht darauf aufmerksam gemacht werden", betonte Reuter. Der Ausgleich sei lediglich verschoben worden in einer Zeit, in der es der Stadt wirtschaftlich nicht so gut ging, argumentierte er. Zunächst sei es wichtig gewesen, Industrie anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Verantwortung habe er aber damals noch nicht getragen. Zudem habe es 1994 einen ersten Beschluss für ein Bebauungsgebiet im Münzbachtal gegeben, wo dieser Eingriffsausgleich geplant gewesen sei, sagte Reuter. Die Eigentümer aber hätten ihr Land nicht zur Verfügung gestellt.

Fehlende Selbstkritik moniert

Linke-Stadträtin Jana Pinka kontierte: "Die Stadtverwaltung hat hier versagt, nicht der Stadtrat." Schließlich sei die Vorlage eine mit Historie. Allerdings hätten auch die Räte längst nachfragen und so ihrer Verantwortung gerecht werden können, erwiderte Reuter. Für Pinka ist das fehlende Selbstkritik: "Die Verwaltung hat gesetzliche naturschutzrechtliche Vorschriften nicht umgesetzt und wurde bei der Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes an der Frauensteiner Straße im Frühjahr dieses Jahres von außen auf diesen Umstand hingewiesen."

Zudem müssten diese Eingriffsausgleiche neu geplant werden, was auch mit Geldausgaben verbunden ist, die sie für die Bürger der Stadt lieber in andere Projekte gesteckt hätte. Bei der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen wäre ein kritischer Vergleich der damaligen mit den heutigen Kosten angemessen gewesen, findet die Stadträtin. Außerdem hätten die Räte laut Jana Pinka bereits mit der Aufstellung der Bebauungspläne ihren Willen zum Eingriffsausgleich bekundet. Nicht umgesetzt habe ihn aber die Verwaltung. Nach dem jüngsten Stadtratsbeschluss beauftragt die Stadt das Büro Pro Dresden mit der Planung des Eingriffsausgleiches.

Natur-Sünden werden bereinigt

Mit einem Stadtratsbeschluss will die Freiberger Verwaltung jetzt alte Rechnungen begleichen. Bis 2014 soll der Ausgleich für versiegelte Gewerbeflächen mit Naturschutzmaßnahmen vom Tisch sein.

VON GABRIELE FLEISCHER

FREIBERG - Nun will die Stadt ihre Sünden der Vergangenheit bereinigen. Zwischen 2012 und 2014 soll der sogenannte Eingriffsausgleich in der Natur für Gewerbe- und Industriegebiete in Freiberg erfolgen. Bisher ist das versäumt worden. 250.000 Euro sind nun dafür vorgesehen. Zuvor fließen 30.000 Euro in die Planung. Mittel, die möglicherweise noch vor Jahren nicht in dieser Höhe angefallen wären.

Verantwortlich für den jüngsten Stadtratsbeschluss dürfte die schon vor Monaten geäußerte Kritik des

Naturschutzverbandes Sachsen sein, die auf die Bringe-Schuld aufmerksam machte: Weder für die Ende der 1990er Jahre entstandene Brauerei am Fürstenbusch noch für die Gewerbegebiete Nord-West, Süd und Rotvorwerk sei die Natur ausreichend entschädigt worden, hieß es damals. Baubürgermeister Holger Reuter (CDU) hatte das damals von sich gewiesen; nun stehen genau die von den Naturschützern angesprochenen Gebiete im Beschluss.

„Wir mussten nicht darauf aufmerksam gemacht werden“, betonte Reuter. Der Ausgleich sei lediglich verschoben worden in einer Zeit, in der es der Stadt wirtschaftlich nicht

Gesetzliche Grundlage

Das novellierte sächsische Naturschutzgesetz beinhaltet im dritten Abschnitt - Allgemeiner Schutz von Natur und Landschaft - Vorschriften zur Zulässigkeit von Eingriffen in Natur und Landschaft und deren Kompensation. Die Regelung galt bereits in den 1990er Jahren und wurde mehrfach überarbeitet. Die derzeitige Fassung ist seit diesem Jahr gültig.

so gut ging, argumentierte er. Zunächst sei es wichtig gewesen, Industrie anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Verantwortung habe er aber damals noch nicht getragen. Zudem habe es 1994 einen ersten Beschluss für ein Bebauungsgebiet im Münzbachtal gegeben, wo dieser Eingriffsausgleich geplant gewesen sei, sagte Reuter. Die Eigentümer aber hätten ihr Land nicht zur Verfügung gestellt.

Fehlende Selbstkritik moniert

Linke-Stadträtin Jana Pinka kontierte: „Die Stadtverwaltung hat hier versagt, nicht der Stadtrat.“ Schließlich sei die Vorlage eine mit Historie.

Das Sächsische Umweltministerium hat zudem 2009 „Handlungsempfehlung zur Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Freistaat Sachsen“ herausgegeben. Diese Vorlage beinhaltet eine Vorgehensweise, die für ausgleichspflichtige Vorhaben abzuarbeiten ist. Dabei werden Biotopwertverluste an bestimmten Faktoren ermittelt, die ersetzt werden müssen.

Allerdings hätten auch die Räte längst nachfragen und so ihrer Verantwortung gerecht werden können, erwiderte Reuter. Für Pinka ist das fehlende Selbstkritik: „Die Verwaltung hat gesetzliche naturschutzrechtliche Vorschriften nicht umgesetzt und wurde bei der Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes an der Frauensteiner Straße im Frühjahr dieses Jahres von außen auf diesen Umstand hingewiesen.“

Zudem müssten diese Eingriffsausgleiche neu geplant werden, was auch mit Geldausgaben verbunden ist, die sie für die Bürger der Stadt lieber in andere Projekte gesteckt hätte. Bei der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen wäre ein kritischer Vergleich der damaligen mit den heutigen Kosten angemessen gewesen, findet die Stadträtin. Außerdem hätten die Räte laut Jana Pinka bereits mit der Aufstellung der Bebauungspläne ihren Willen zum Eingriffsausgleich bekundet. Nicht umgesetzt habe ihn aber die Verwaltung. Nach dem jüngsten Stadtratsbeschluss beauftragt die Stadt das Büro Pro Dresden mit der Planung des Eingriffsausgleiches.

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Freie Presse
Freiberger Zeitung
Mittwoch, den 07. September 2011
9

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)